

Sparkassen



Zeitung

Nummer 10 | Oktober 2011 | 98. Jahrgang

Konjunktur braucht jetzt sicheren Kredit

Kreditverknappung via Basel III wäre völlig falsches Signal



„Jetzt ist der falscheste Zeitpunkt, mit neuen Regulativen vom Typus Basel III eine Kreditenge für die Wirtschaft zu verursachen.“

Das Vertrauen der Investoren in den Konsolidierungswillen vieler europäischer Staaten ist weltweit geschwunden. „Wir müssen dieses Vertrauen wiederherstellen“, appellierte Andreas Treichl an die Regierungsspitzen bei der Präsentation des Maßnahmenpakets der Erste Group zur Krisenbewältigung. Wirtschaftswachstum erleichtert die Sanierung der Staatsfinanzen. Doch dazu braucht es auch die Fähigkeit der Kreditinstitute, der Realwirtschaft ausreichend Kredite zu gewähren. Basel III wäre zum jetzigen Zeitpunkt ein Schlag ins Kontor.

In der gegenwärtigen Finanzkrise, die eine Schuldenkrise und keine Euro-Währungskrise darstellt, gibt es grundsätzlich zwei Wege, die Probleme zu überwinden. „Entweder wir machen es so wie die Amerikaner und werfen die Druckmaschinen an. Oder wir konsolidieren über aus-

gabenseitige Sanierungsmaßnahmen, erhöhte Wettbewerbsfähigkeit sowie Effizienz“, meinte Erste Group Chef Treichl vor kurzem in einem TV-Interview. Seine Präferenz liegt eindeutig beim zweiten Weg. Dieser ist ohne Zweifel der mühsamere, aber er führt mittelfristig zu einer gesamtwirtschaftlichen Stärkung Europas. Nur diese wird die Investoren weltweit wieder dazu motivieren können an die europäischen Kapitalmärkte zurückzukehren.

Die Ausgangslage ist nicht rosig: Die psychologischen Auswirkungen der Schuldenkrise auf den realwirtschaftlichen Konjunkturverlauf sind nicht mehr zu übersehen. Das gilt auch für Österreich, dessen diesjähriges Wachstum von rund drei Prozent den beachtlichen Exporterfolgen einer wettbewerbsfähigen Industrie und Dienstleistungswirtschaft geschuldet ist. Im kommenden Jahr können wir schon froh sein, wenn

der Zuwachs des realen BIP rund einen Prozentpunkt ausmacht. So jedenfalls die Wirtschaftsforscher in ihrer jüngsten Konjunkturprognose. Verflachendes Wirtschaftswachstum erschwert den Konsolidierungskurs bei den öffentlichen Finanzen. Der ist auch hierzulande dringend geboten, nähern wir uns doch beim Gesamtschuldenstand der 80-Prozent-Marke des BIP. Folgerichtig plädiert IHS-Chef und Vorsitzender des Staatsschuldenausschusses Bernhard Felderer für die „Nutzung aller sich bietenden Wachstumschancen“ und warnt davor, mit neuen öffentlichen Konjunkturprogrammen den zaghafte eingeleiteten Konsolidierungskurs zu unterlaufen.

Der schlechteste Zeitpunkt

Eine der Gefahren für die weitere Wirtschaftsentwicklung hat ein bekanntes Kürzel: Basel III. Das dort formulierte Regulativ zur Eigenmit-

MEINE MEINUNG



Michael Ikrath
Generalsekretär
des Sparkassenverbandes

Risiken ernst genommen

Der 10. Oktober 2011 wird uns allen lange in Erinnerung bleiben. Erstmals seit ihrem Börsengang meldete die Erste Group einen Bilanzverlust von 700 Mio. Euro statt eines prognostizierten Gewinns in derselben Höhe.

„Schmerzlich, radikal, notwendig, richtig“ und vor allem „Ausputz und Abwurf von Risikoballast“ waren die Worte von Andreas Treichl bei der ad hoc einberufenen Pressekonferenz. Und tatsächlich sind wir wieder die Ersten, die diesen Schritt nach vorn setzen. Es war für die Erste Group Verwaltungsreform, Bildungsreform, Pensionsreform und Gesundheitsreform zugleich und in einem. Nach diesem Schnitt und Schritt werden wir stärker und risikorobust in eine unsichere Zukunft gehen. Denn die EU hat noch immer kein probates Mittel gegen die Staatshaushaltskrise, die wieder zur Finanz- und Wirtschaftskrise zu werden droht. Staaten, deren Bonität bis dato nicht in Zweifel stand, droht Rückstufung. Banken werden verstaatlicht, um das Schlimmste zu verhindern. Ja, es war richtig, diesen Schritt zu tun. Warum?

Die Risikoversorgen können ohne Schwächung der Kapitalbasis durchgeführt werden, die Kernkapitalquote bleibt auch zu Jahresende 2011 bei 9,2 Prozent. Strukturell ist dieses Maßnahmenbündel Ausdruck gelebten, ernst genommenen Risikomanagements an der Spitze der Sparkassengruppe. In der Fülle der Unwägbarkeiten seitens der nationalen wie internatio-

nen Rahmenbedingungen hat man sich selbst ein radikales Fitness-Programm verordnet, um für möglichst viele Eventualitäten gerüstet zu sein. Es bleibt beim klaren Bekenntnis zum geltenden Geschäftsmodell und zum Engagement in den Ländern der CEE-Region. Denn nach wie vor sind dort – mit Ausnahme Ungarns – die realwirtschaftlichen Wachstumschancen intakt und die Staatshaushalte in wesentlich besserer Verfassung als in den meisten west- und südeuropäischen Industriestaaten. Wenn eine europäische Bank derzeit irgendwo investiert sein wollte, dann wohl in Zentral- und Osteuropa, meinte Treichl zur Bekräftigung des strategischen Konzepts. Erleichtert wird die Lage der Gruppe durch die sehr solide Kapital- und Liquiditätssituation, die es den Sparkassen erlaubt, ihrem realwirtschaftlichen Auftrag ungebremst nachzukommen.

Bevor die internationalen Investoren nicht wieder Vertrauen in den Konsolidierungswillen europäischer Regierungen fassen, ist mit einer wesentlichen Entspannung der Situation nicht zu rechnen. Die jüngsten Entscheidungen der Erste Group sind also durchaus auch als Signal an die Regierungsverantwortlichen zu werten, den Märkten durch entschlossenes Handeln endlich wieder Berechenbarkeit zu geben.

FREMDWÄHRUNGSKREDIT



Bei Frankenkrediten das Zeitfenster nutzen

Erste Bank rät zum Wechsel vom schwankenden Franken zum Euro.

Seite 3

WIRTSCHAFT



Erste Group reduziert Obligo gegenüber Südeuropa

Es sind radikale Einmaleffekte, das starke Kernkapital bleibt bestehen.

Seite 4

VERANLAGEN



Österreicher halten hohes Sparniveau

Die Bereitschaft zu ethisch-nachhaltigem Investment steigt an.

Seite 5

SPARKASSEN NEWS

Bankcard für Sehbehinderte

Seit kurzem bieten Erste Bank und Sparkassen spezielle Bankomatkarten für Kunden mit beeinträchtigter Sehkraft an. Die Karten wurden zusammen mit dem Österreichischen Blinden- und Sehbehindertenverband (ÖBSV) gestaltet. Zur Identifizierung der Bankomatkarte werden an der unteren rechten Ecke die Buchstaben „EBS“ in Brailleschrift (Brailleschrift) eingepreßt. Diese Kennung steht für „Erste Bank und Sparkassen“. Die Prägung auf der Karte vereinfacht somit die Unterscheidung der Bankomatkarte von anderen Plastikkarten. Auch die Anwendung der Karte bei Bankomaten, Selbstbedienungsterminals und Zahlungsterminals wird vereinfacht, da die Buchstaben „EBS“ in Brailleschrift als Orientierung für die Steckrichtung dienen.



Den Kunden entgegenkommen

Am Aktionstag der Salzburger Sparkasse waren in den Filialen der Sparkasse nur wenige Mitarbeiter anzutreffen. Sie waren stattdessen im ganzen Bundesland unterwegs, um ihre Kunden zu treffen und Kontakte zu potentiellen Neukunden zu knüpfen.

„Wir wollen hinausgehen und von der Sparkasse und offen auf unsere bestehenden sowie auf neue Kunden zugehen“, erklärte Generaldirektorin Regina Ovesny-Straka den Sinn dieses außergewöhnlichen Aktionstags, mit dem rund 500 Mitarbeiter der Salzburger Sparkasse auf ihr Unternehmen aufmerksam machen.



Auch Generaldirektorin Regina Ovesny-Straka (3.v.l.) war unterwegs, um Kunden zu treffen.

Beschäftigungsprojekt für Jugendliche

Seit der Gründung des tag.werk der Caritas Steiermark im Jahr 1999 konnte mit dem Beschäftigungsprojekt 500 Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen wieder Halt gegeben werden.

Im tag.werk designen und produzieren die Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr gemeinsam mit Designern kreative Taschen und Accessoires aus Recycling-Materialien. Die Steiermärkische Sparkasse unterstützt das Projekt seit sechs Jahren.



Jetzt wurde die Kooperation verlängert.

Caritas-Direktor Franz Küberl, zwei Jugendliche vom tag.werk mit dem neuesten Taschenmodell und Gerhard Fabisch, Vorstandsvorsitzender der Steiermärkischen Sparkasse

Partnerschaft gegen Langzeitarbeitslosigkeit

In der ABF Arbeitsinitiative Bezirk Feldkirch haben sich die Gemeinden des Bezirks zusammengeschlossen, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die positive Entwicklung und die Bedeutung der ABF im sozialen Netz des Landes Vorarlberg war nun für die Sparkasse Feldkirch Anlass zum Start einer Partnerschaft. ABF-Obmann Gottfried Brändle: „Das oberste Ziel aller unserer Anstrengungen ist es, Langzeitarbeitslose so zu fördern, dass sie den Einstieg in eine reguläre Beschäftigung aus eigener Kraft bewerkstelligen können. 2010 konnte fast die Hälfte aller Betreuten erfolgreich in den freien Arbeitsmarkt vermittelt werden.“



ABF-Obmann Gottfried Brändle und Geschäftsführerin Emilie Strasser-Mathis mit VDir. Ronald Schrei



Tim Nesemann: „Basel III verteuert das risikoarme Geschäft der Sparkassen.“

telstärkung der Kreditwirtschaft hätte eine fatale Nebenwirkung, bei der weder Hausarzt noch Apotheker helfen können. Denn es steht nicht weniger als die Kreditvergabe-fähigkeit auf dem Spiel, also die Möglichkeit, der Realwirtschaft ausreichend investives Fremdkapital zur Verfügung zu stellen. Zumal die Konjunktur jetzt jeden unternehmerischen Investor dringend braucht. Die Finanzkrise ist nämlich dabei, sich zu einer veritablen Konjunkturkrise zu entwickeln. „Jetzt ist der schlechteste Zeitpunkt dafür, neue Regularien einzuführen, die den Banken die Fähigkeit nehmen werden, der Realwirtschaft ausreichend Kredite einzuräumen“, bringt es der Generalsekretär des Sparkassenverbandes, Michael Ikrath, auf den Punkt. Aus der Sicht des Geschäftsmodells der österreichischen Sparkassen mit ihrer konsequenten Konzeption einer Retailbank wären das fatale Signale. Auch Verbandspräsident Christian Aichinger macht sich Sorgen:

„Es ist traurig, dass Europa nicht erkennt, dass es einen eigenständigen Weg gehen kann und muss. Die Reglementierungen aus Basel II und Basel III benachteiligen das klassische Kreditgeschäft gegenüber der Spekulation und der Finanzierung von Staatshaushalten. Unsere Kunden, also private Haushalte und Unternehmer, sind Menschen, die Vermögen langfristig schaffen wollen und dazu eine verlässliche, leistbare und auch in konjunkturell schwierigen Zeiten verfügbare Kreditfinanzierung benötigen.“

Gerade die kleinen regionalen Sparkassen hätten in der Finanzkrise 2008/09 gezeigt, dass sie verlässliche Partner der Wirtschaft und der privaten Haushalte seien und keine Staatshilfe benötigt hätten. Diese Struktur gefährde das ins Auge gefasste Regelwerk mit seinen Auflagen.

Hausverstand versus Formalbestimmungen

„Der grundsätzliche Ansatz von Basel III mit der Forderung nach mehr Eigenkapital ist meiner Meinung nach falsch, denn beispielsweise hätte Lehman & Brothers die Basel-III-Auflagen erfüllt. Vielmehr müssen die Risiken begrenzt und diverse Geschäfte verboten werden“, betont Aichinger zum Grundsätzlichen des Problems. Die Vielzahl der Vorschriften aus den diversen Regelwerken und die – selbst für Spezialisten – teilweise unverständlichen Formulierungen führten zu einer Form von „Anarchie“, da niemand mehr in der Lage sei, gültiges Recht zu beachten. Der erfahrene Praktiker formuliert, was viele denken: „Hausverstand und Bauchgefühl können nicht durch



Christian Aichinger: „Gefahr der regulatorischen Anarchie.“

irrwitzige Formalbestimmungen ersetzt werden.“ Wie wichtig die Erhaltung der gesamtwirtschaftlichen Investitionskraft via Fremdmittelzufuhr weiterhin sein wird, beweisen Details aus der WIFO-Konjunkturprognose. Dort geht man von einem Anstieg der Brutto-Anlageinvestitionen um nur mehr einen Prozentpunkt real im Jahr 2012 aus. Das ist jedoch für einen gesamtwirtschaftlichen Wachstumspfad zu wenig. Vor allem Klein- und Mittelbetriebe brauchen die Kreditmittelzufuhr, um Innovationen zu finanzieren, die Produktivität zu verbessern, auf Auslandsmärkte zu gehen und dabei Vertriebsaktivitäten zu setzen.

„Wenn EU-Kommissionspräsident Barroso neben der Konsolidierung der Staatshaushalte auch die Nutzung aller Wachstumschancen als die vorangegangenen Ziele der EU-Wirtschaftspolitik definiert, dann muss es doch klar sein, dass man in der gegenwärtigen Situation nicht die Kreditvolumina künstlich verknappen darf.“ weist Ikrath auf die elementaren Zusammenhänge hin.

Basel III setze die falschen Schwerpunkte. „Bankrotte Staaten würden weiter begünstigt, das kann doch nicht Sinn der Sache sein“, betont der Generalsekretär des Sparkassenverbandes.

Zwei weitere Aspekte der gegenwärtigen internationalen Diskussion zum Thema Basel III machen ihn zusätzlich skeptisch: Aus den USA könne man immer öfter hören, in den Vereinigten Staaten werde das Regelwerk nur für die Großbanken gelten. Doch es sei immer eine *conditio sine qua non* der Europäer gewesen, dass die Zustimmung zu Basel III nur dann erfolgen könne, wenn dieses Regulatorium auch in den USA flächendeckend, also für alle Banken, zur Norm werde. Dies sei mittlerweile keineswegs gewährleistet.

Dazu kommt eine von den Befürwortern gern verabreichte „Beruhigungsspiel“: Die von der Kreditengung der Banken betroffenen Unternehmen könnten sich eben in Zu-



Michael Ikrath: „Bankrotte Staaten dürfen nicht weiter begünstigt werden.“

kunft stärker über alternative Formen der Kapitalbeschaffung finanzieren. „Das ist eine reine Alibi-Argumentation. Es ist in der gegenwärtigen Situation der Finanzmärkte wohl der schlechteste Zeitpunkt, vom Aufbau eines funktionierenden Private-Equity-Markts zu reden. Das ist doch unrealistisch“, holt Ikrath Promotoren dieser Idee auf den Boden der Kapitalmarktrealität zurück.

Auch in Deutschland formiert sich massiver Widerstand. In einer Analyse setzte sich jüngst Tim Nesemann, Präsident des Verbandes der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen, kritisch mit Basel III auseinander. Das tragfähige und risikoarme Geschäft der Sparkassen und ihrer Kunden würde regulatorisch immer mehr verteuert. Mittelstandskredite müssten nach Basel III durch die Anhebung der Kapitalquoten mit ca. 30 Prozent mehr Eigenkapital unterlegt werden. Sie verteuerten sich damit um bis zu 60 Basispunkte. Der Mittelstand müsste somit einen Teil der Zeche für die Krise zahlen, ohne dazu beigetragen zu haben.

„Durch das Kreditgeschäft mit Unternehmen wird großer regulatorischer Liquiditätsbedarf ausgelöst, der durch das Halten niedrig verzinslicher Aktiva gedeckt werden muss. Hinzu kommt, dass mittel- und langfristige Kredite zu 100 Prozent stabil refinanziert werden müssen. Dies verteuert diese Kredite. Außerdem führt die Bevorzugung kurzer Fristen durch die Liquiditätskennziffern bei Basel III zur schrittweisen Einführung der amerikanischen Kurzfristkultur, die eine der Ursachen der Finanzkrise war. Das Risiko steigender Zinsen wird damit nämlich auf die Kunden abgewälzt“, so Nesemann in seiner Analyse.

Fazit: Die geänderten konjunkturellen Rahmenbedingungen machen eine „konsequente Revision“ (Ikrath) der Kapitalanforderungsrichtlinie CDR IV notwendig. Die vorliegenden Formulierungen sind nicht mehr sachgerecht!

Von Milan Frühbauer



„Investitionen sind der Motor, Kreditenge würgt ihn ab.“

Bei Frankenkrediten das Zeitfenster nutzen

Erste Bank rät zum Wechsel vom schwankenden Franken zum Euro



Erste-Vorstandsmitglied Peter Bosek: „Wir sehen uns in der Verantwortung, gemeinsam mit den Kunden die bestmögliche Lösung zu finden.“

Die Erste Bank präsentierte vor kurzem in ihrer Haltung zu den Fremdwährungskrediten einen Kurswechsel und unterbreitet in diesem Zusammenhang ein konkretes Angebot. Dabei will sie die rund 16.000 privaten Kreditnehmer, die ein Obligo in Schweizer Franken zu bedienen haben, mit intensiver Beratung und umfassender Information zum Umsteigen bewegen.

Der Auslöser dafür ist die Währungspolitik der Schweizerischen Nationalbank, die vor einigen Wochen angekündigt hat, den Wechselkurs zum Euro bei mindestens 1,2 halten zu wollen. Im August dieses Jahres stand der Franken nach seinem Höhenflug bekanntlich schon fast auf Euro-Niveau. Das bedeutete, dass sich das Kreditvolumen etlicher Franken-Kreditnehmer schlagartig um 20 Prozent erhöht hatte. Wie lange der Kurs tatsächlich bei 1,2 gehalten werden kann, darüber sind sich Währungsexperten international nicht einig. Der Aufwertungsdruck auf den Franken ist jedenfalls als Folge der anhaltenden Turbulenzen auf den Kapitalmärkten aufrecht. Die Erste Bank rät daher ihren betroffenen Kreditnehmern nun zu einem Wechsel vom schwankenden Frankenkredit zu einem fixverzinsten oder gedeckelten Euro-Kredit.

Zeitfenster nutzen

Erste-Vorstandsmitglied Peter Bosek warnt erneut vor dem doppelten Risiko der Währungs- und Zinsschwankungen und drängt zum Handeln: „Wir raten unseren Kunden dringend, dieses Zeitfenster zu nutzen.“ Um Mehrkosten abzufedern, bietet die Bank die Konvertierung in einen Euro-Kredit mit 3,75 Prozent Fixzinsvereinbarung oder in einen variablen Euro-Kredit mit einem Zinsdeckel (Zinscap) bei 4,75 Prozent auf zehn Jahre an. Für den Kunden fallen dadurch keine Mehrkosten an. „Wir sehen es als unsere Verantwortung, flächendeckend auf das Ri-

siko hinzuweisen, damit die Gesamtrechnung für die Betroffenen, die ja überwiegend in die Wohnraumbeschaffung investiert haben, nicht noch höher ausfällt“, betonte Bosek vor Pressevertretern. Es herrsche Verunsicherung, und dieser werde man mit profunder Sachinformation begegnen.

Wer derzeit keinen Wechsel zum Euro wolle, der sollte dennoch handeln und zumindest über eine Umstellung vom endfälligen in einen tilgenden Kredit nachdenken. Dabei könnte die Ansparrate für den Tilgungsträger in eine Kreditrate für den Kredit umgelenkt werden. Der Tilgungsträger selbst könne ohne Nebenkosten stillgelegt werden. Damit wäre gewährleistet, dass Tilgungen zu einem deutlich günstigeren Kurs als noch vor dem Sommer vorgenommen werden könnten.

Beratungsoffensive

Die Erste Bank hat mittlerweile mit einem Schreiben alle betroffenen Kreditnehmer kontaktiert und sie zu Gesprächen eingeladen. Für diese Aktion spielt die Erste Bank auch Berater in den Filialen frei: Die Anzahl der Fremdwährungsexperten in den Filialen wurde erhöht. Insgesamt stehen mittlerweile rund 100 Experten für die Beratung der Kreditnehmer in Schweizer Franken zur Verfügung. Für jene Kunden, die nicht in die Filiale kommen können, bietet die Bank Webinare und Web-Beratungen übers Internet an. Im Juni

2011 startete sie dazu ein Pilotprojekt, und innerhalb von nur drei Monaten nahmen bereits 400 Kunden diese Online-Beratung in Anspruch.

Die Fakten zum Problem

In Österreich ist jeder vierte Privatkredit ein Frankenkredit. Das bedeutet, dass rund 210.000 Österreicher von der derzeitigen Situation betroffen sind. Insgesamt ist von Privatpersonen ein Volumen von 34,5 Milliarden Euro in Schweizer Franken aushaftend, in japanischen Yen sind es 2 Milliarden Euro.

In der Erste Bank haben rund 16.000 Privatpersonen einen Fremdwährungskredit mit einem derzeit aushaftenden Volumen von rund 2 Milliarden Euro. Der Anteil am Gesamtmarkt liegt, gemessen am Volumen, somit bei knapp 6 Prozent. Das durchschnittliche aufgenommene Kreditvolumen pro Person lag bei umgerechneten 150.000 Euro. Inzwischen hat sich das Volumen aufgrund der Wechselkurschwankung auf 195.000 Euro erhöht. Bei der Parität zum Schweizer Franken waren es aber auch schon rund 235.000 Euro.

Insgesamt hat die Gruppe Kredite in Höhe von 134 Milliarden Euro vergeben, in Österreich sind es rund 63 Milliarden Euro. Davon sind wiederum 2 Milliarden Euro in Schweizer Franken an Privatpersonen und Kredite in Höhe von 700 Mio. Euro an Firmenkunden vergeben worden.

Mögliche Angebote an die Kunden

- Zehn Jahre Fixzins mit 3,75 Prozent für tilgende Eurokredite (auch mit längerer Gesamtlaufzeit)
- Nach Ablauf der Fixzinsperiode erfolgt die Umstellung auf Drei-Monats-Euribor
- Keine Konvertierungsspesen, keine Bearbeitungsgebühr und keine Ausfertigungskosten
- Gratis-Euro-Zinscap mit Strike 3,5 Prozent
- Die Laufzeit des Zinscap ist auch auf zehn Jahre (in tilgender Version) limitiert, der Kreditbetrag muss in dieser Zeit zurückgezahlt werden (Angebot ist bis Jahresende 2011 befristet)
- Darüber hinaus ist bei Bedarf (Entlastung des monatlichen Haushaltsbudgets) die Verlängerung der ursprünglichen Kreditlaufzeit in Euro möglich
- Kunden, die eine sehr lange Laufzeit beim FWK noch vor sich haben, könnten sich auch überlegen, in ein Bauspardarlehen zu wechseln

EINBLICK

Hinter der Bühne

Nie vor dem Vorhang



Milan Frühbauer

Er rate zur Gelassenheit, meinte vor einigen Wochen der Chefeinkäufer eines großen österreichischen Anlagenbauers anlässlich einer Podiumsdiskussion vor rund 100 Einkaufsmanagern aus der heimischen Industrie. Sein Unternehmen verfüge über einen Auftragsbestand, der mehr als zwei Jahre Vollaustlastung garantiere. Die Konjunktur werde verflachen, gewiss, aber wer international wettbewerbsfähig sei, brauche sich kaum Sorgen zu machen. Also werden nur die umsatzstarken, mit hoher Exportquote agierenden Produktionsunternehmen die Krise meistern?

Nicht unbedingt: Im ersten Halbjahr sind die heimischen Warenexporte gegenüber 2010 um 15 Prozent angestiegen. In diesem erfreulichen Summenwert ist die Leistung von mehreren tausend KMU enthalten. Also ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht nur eine Sache der Spitzenbetriebe aus den Umsatzrankings. Nur so nebenbei: Aus Österreich werden im heurigen Jahr täglich Waren im Wert von gut 320 Mio. Euro exportiert. Gemeint sind die Kalendertage, nicht die Werkstage allein!

Leistungs-träger und Wettbewerbs-fähigkeit

Aber die Binnenkonjunktur bricht ein, oder? Nun, allein die Wiener IKT-Branche (Informations- und Kommunikationstechnologie) meldete Mitte Oktober, in den kommenden zwei Jahren zusätzlich 1.600 Fachkräfte zu brauchen und kaum zu finden. Gut, ein arbeitsmarktpolitisches Spezifikum einer Wachstumsbranche, wohl nicht repräsentativ, oder? Der Besitzer einer Putzerei in einem Wiener Innenbezirk sucht verzweifelt zwei Büglerinnen, weil er sich vor Aufträgen nicht erwehren kann. Also, eine Frage der Höchstqualifikation kann es doch nicht sein. Meint übrigens auch der Baumeister aus der Generalsanierung eines Wohnkomplexes, der Tag für Tag Poliere und Facharbeiter anderer Disziplinen – völlig legal und angemeldet – aus Ungarn holt.

Hinter allen diesen Ergebnissen ökonomischer Leistungsträgerschaft stehen hunderttausende Beschäftigte und unternehmerische Führungskräfte, die aber derzeit in den Medien praktisch nicht vorkommen.

Keine Frage: Die aktuellen Turbulenzen der Finanzmärkte, die dichte Abfolge von Ministertreffen zur Lösung der Griechenland-Krise, die vielen Währungsexperten aus allen Erdteilen, deren mediale Stunde jetzt gekommen zu sein scheint, sie alle beanspruchen die Aufmerksamkeit der veröffentlichten Meinung. Dazu gesellen sich die zahlreichen Auslandskorrespondenten, die semiratlose Statements von Politikern anlässlich von EU-Ratstagen in profiratlose Spekulationen uminterpretieren. Dazwischen EZB-Granden oder Notenbankpräsidenten, die beruhigend wirken sollen.

Es ist nicht alles aus den Fugen

In diesem Amalgam thematischer Fokussierung auf Euro, Griechenland und die turbu-

lenten Finanzmärkte muss der Eindruck entstehen, auch die gesamte österreichische Wirtschaft gerate vom „Morgenjournal“ bis zur „Zeit im Bild 2“ zunehmend und täglich aus den Fugen.

Denn die bereits erwähnten Hunderttausenden kommen nicht vor. Das Panikszenario hat allemal Vorrang vor den „faden“ Erfolgsmeldungen, zumal diese meist auch noch mit Zahlen und Fakten untermauert sind.

Wir verdanken aber just diesen Leistungsträgern und Unternehmensleitern, die krisenhafte Anpassungsprozesse längst hinter sich haben, dass dieses Land eben ob seiner Konkurrenzfähigkeit in Gütererzeugung und Dienstleistung besser dasteht als noch vor Jahren. Sie gehören gelegentlich aus dem „back office“ auf die Bühne geholt und auch vieles gefragt. Vielleicht würde sich dann unser aller Gemütszustand in Sachen Wirtschaftsentwicklung wieder aufhellen.

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Erste Bank und Sparkassen werden Sommeliers

Seit Anfang erhalten alle Kunden von Erste Bank und Sparkassen bei WEIN & CO jeweils am ersten Montag des Monats 10 Prozent Rabatt, wenn sie ihre Bankkarte vorzeigen oder damit bezahlen. Wer noch kein Konto bei der Erste Bank oder bei einer Sparkasse hat, erhält im Aktionszeitraum bis Ende 2012 ein Gratiskonto für ein Jahr.

Mit der neuen Partnerschaft mit WEIN & CO setzen Erste Bank und Sparkassen die Reihe der Kooperationen – etwa mit Tchibo/Eduscho, OMV oder dem SK Rapid – fort.

Theater in St. Pöltens Höfen

Bereits zum 17. Mal wurden St. Pöltens schönste Innenhöfe mit Musik, Literatur und Theater bespielt. Die Sparkasse Niederösterreich Mitte West AG war auch heuer wieder Hauptsponsor des Höfefests und präsentierte zwei Veranstaltungen im Sparkassenhaus: Philipp Hochmair, bekannt u. a. aus dem Film „Die Vaterlosen“ und gerade der Mephisto bei den Salzburger Festspielen, zeigte in einer beeindruckenden Performance mit dem Musiker Fritz Rainer den Revoluzzer Friedrich Schiller.

Und der ebenfalls aus Film, Fernsehen und Theater bekannte Wolfram Berger zeigte sein Programm „Karl Valentin – solo“ – eine Hommage an den Münchner Volkskomiker.



Bürgermeister Matthias Stadler, Daniela Wandl und Renate Kienzl vom Organisationsteam, Wolfram Berger, Generaldirektor Wolfgang Just und Regionalmarktleiter Otto Koutny

Infoabend zu Immobilienfonds

Unter dem Motto „ERSTE IMMOBILIENFONDS – in reale Werte investieren“ lud die Steiermärkische Sparkasse gemeinsam mit der ERSTE Immobilien KAG zu einem Informationsabend in die Wohnhausanlage in der Grazer Zollgasse. Interessierte konnten sich vor Ort ein Bild von der Immobilie machen und sich aus erster Hand über den ERSTE IMMOBILIENFONDS informieren.

Die Nachfrage nach Immobilienveranlagungen ist ungebrochen. Offene Immobilienfonds wie der ERSTE IMMOBILIENFONDS bieten Anlegern die Möglichkeit, sich bereits ab 30 Euro pro Monat an substanzstarken Objekten zu beteiligen und von deren Erträgen zu profitieren. Der Fonds verfolgt eine konservative Strategie mit Wohnschwerpunkt, daneben werden auch Büro- und Gewerbeflächen erworben.



Peter Karl, Geschäftsführer der ERSTE Immobilien KAG, mit Klaus Brugger und VDir. Franz Kerber von der Steiermärkischen Sparkasse

Auch Sparefroh mit Elektroauto unterwegs

In Salzburg tankt der Sparefroh Strom vom Energieversorgungsunternehmen Salzburg AG.

Für die Essenstransporte von der Küche in Lieferung-Rott in die Zentrale sowie für Einkäufe ist Gerhard Fischer, Küchenchef der Salzburger Sparkasse, nun mit einem Elektroauto unterwegs. „Als moderne Bank ist es uns wichtig, mit dieser Anschaffung ein sichtbares Zeichen des Umweltschutzes zu setzen und die zukunftsweisende Idee der geräusch- und emissionslosen Fortbewegung weiterzuerweitern“, erläutert Generaldirektorin Regina Ovesny-Straka die Gründe für den Ankauf eines Citroën Berlingo mit Elektroantrieb.



Generaldirektorin Regina Ovesny-Straka und August Hirschbichler, Vorstand der Salzburg AG, bei der Übergabe des Elektroautos an den Küchenchef der Salzburger Sparkasse, Gerhard Fischer

Radikale Einmaleffekte:
Starkes Kernkapital bleibt

Erste Group reduziert Obligo gegenüber Südeuropa beträchtlich



CEO der Erste Group Andreas Treichl: „Für die Zeiten der Unsicherheiten gut aufgestellt sein“

„Unsere Hoffnungen, dass es für die Staatsschuldenkrise in Europa in nächster Zukunft eine Lösung geben wird, haben sich in den letzten Wochen sehr reduziert. Wir gehen davon aus, dass dies auch zunehmend Auswirkungen auf die Realwirtschaft und in abgeschwächter Form auch auf unsere Region haben wird. Aus diesem Grund haben wir radikale Schritte gesetzt, um uns als Erste Group auf eine längere Periode, die von Unsicherheit gekennzeichnet sein wird, einzustellen“, so begründete Andreas Treichl, CEO der Erste Group, spektakuläre bilanzielle Entscheidungen, die am 10. Oktober vom Vorstand gefällt worden waren.

„Die Maßnahmen drehen einen Neun-Monats-Gewinn von rund 700 Mio. Euro in einen Verlust. Es handelt sich ausschließlich um Einmaleffekte, die uns als Bank auf die kommende Situation vorbereiten werden. Unsere Kernkapitalquote und unsere Liquiditätssituation, wesentliche Zeichen der Stärke in diesen Zeiten, werden dadurch nicht geschwächt. Unterstützt durch ein anhaltend starkes Betriebsergebnis, wird die Kernkapitalquote Ende 2011 gegenüber dem Jahresanfang unverändert bleiben“, erklärte Treichl im Anschluss an die Vorstandssitzung. Die vom Vorstand der Erste Group präsentierten Maßnahmen betreffen die Darstellung des CDS-Portfolios, das Geschäft in Ungarn und Rumänien sowie die einheitliche konzernweite Anwendung der Effektivzinsmethode.

Das Paket im Detail:

- Die Erste Group hat ihr Obligo gegenüber den Staaten Griechenland, Portugal, Spanien, Irland und Italien von 1,9 Mrd. zum Jahresende 2010 auf 0,6 Mrd. Euro zum 30. September 2011 deutlich reduziert. 95 Prozent des Exposure sind zum 30. September 2011 zu Marktwerten bewertet. Gleichzeitig ist das Obligo gegenüber den Staaten Griechenland und Portugal auf rund 10 Mio. Euro gesunken.
- Darüber hinaus wird die Erste Group die Darstellung ihres CDS-Portfolios (verkaufte Absicherungen) von fortgeführten Anschaffungskosten

auf Marktpreise ändern. Dies wird das Eigenkapital für die Jahre vor 2011 einmalig mit 280 Mio. Euro belasten. Die Auswirkung auf die Gewinn- und Verlust-Rechnung für die ersten neun Monate des laufenden Jahres beläuft sich auf rund 180 Mio. Euro (nach Steuern).

- Die Erste Group wird den Firmenwert (Goodwill) an der ungarischen Tochterbank Erste Bank Hungary in Höhe von 312 Mio. vor Steuern zur Gänze abschreiben. Zusätzlich wird sie Risikovorsorgen im Gesamtausmaß von 450 Mio. Euro (vor Steuern) bilden. Dies ist eine Folge der massiven staatlichen Interventionen im ungarischen Bankensektor, der Anhebung der Ziel-Deckungsquote für notleidende Kredite und der Verschlechterung der Kreditqualität.
- Die Erste Group wird den Firmenwert ihrer rumänischen Tochtergesellschaft BCR angesichts der langsamer als erwartet verlaufenden wirtschaftlichen Entwicklung um 700 Mio. Euro vor Steuern teilweise abschreiben. Diese Maßnahme hat keine Auswirkung auf die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel und das Eigenkapital abzüglich immaterieller Vermögenswerte.

- Nach der erfolgreichen Übernahme der Anteile der Minderheitsaktionäre – wie am 14. September 2011 angekündigt – wird die Werthaltigkeit des verbleibenden Firmenwerts von 1,1 Mrd. Euro durch einen beträchtlich größeren Anteil am künftigen Cashflow der BCR untermauert.

- In Hinblick auf die Umsetzung von IFRS 9 wird die Erste Group die konzernweit verwendeten Effektivzinsmodelle vereinheitlichen. Dies führt zu einer einmaligen Gesamtbelastung des Eigenkapitals mit etwa 210 Mio. Euro. Damit werden Einmalprovisionen über die Gesamtlaufzeit der Kredite verteilt, anstatt sie wie bisher zum Zeitpunkt der Zahlung zu erfassen. Dieser Betrag wird über die Restlaufzeit der Kredite in der Gewinn- und Verlust-Rechnung wieder ausgeglichen werden. Die Auswirkung auf die Erfolgsrechnung für die ersten drei Quartale 2011 beträgt rund 10 Mio. Euro nach Steuern.

- Als Folge dieses Maßnahmenbündels wird die Erste Group für die ersten neun Monate 2011 einen Nettoverlust von etwa 920 bis 970 Mio. ausweisen. Bereinigt um diese außerordentlichen Belastungen (mit Ausnahme der Banksteuern in Österreich und Ungarn), geht die Erste Group für die ersten neun Monate 2011 von einem Nettogewinn von rund 700 Mio. Euro aus.
- Angesichts des konstant profitablen operativen Geschäfts wird die Kernkapitalquote der Erste Group zum Jahresende 2011 gegenüber dem Jahresende 2010 unverändert bleiben (etwa 9,2 Prozent).

Eigenmittelstärkung aus der Ertragskraft

Wegen des deutlich verschlechterten Ausblicks für die Volkswirtschaften des Euroraums, aber auch als Vorsichtsmaßnahme wird die Erste Group die vorzeitige Rückzahlung des staatlichen Anteils des Partizipationskapitals (1,2 Mrd. Euro) um mindestens ein Jahr verschieben. Der Vorstand der Erste Group wird der Hauptversammlung vorschlagen, für das Geschäftsjahr 2011 keine Dividende zu bezahlen, das Partizipationskapital jedoch weiter zu bedienen.

Mit diesen Weichenstellungen stellt sich die Erste Group wichtigen Herausforderungen: Die Erste Bank Hungary wird repositioniert, um sie gegenüber politischer Willkür widerstandsfähiger zu machen. Das CDS-Exposure wird ebenso wie das Obligo der Peripheriestaaten des Euroraums weiter reduziert. Die Übernahme weiterer Anteile an der BCR wird die Position der Erste Group in einem ihrer wichtigsten Märkte festigen. Alle diese Maßnahmen zielen darauf ab, Schwächen der Erste Group zu eliminieren und ihre Stärken weiter auszubauen: Zu diesen Stärken zählt Treichl nach wie vor ein „grundsätzlich profitables Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, insbesondere in den wichtigsten Märkten Tschechien, Slowakei und Österreich, eine solide Kapitalausstattung und eine robuste Refinanzierungsstruktur.“

Österreicher bleiben auf hohem Sparniveau

Bereitschaft zu ethisch-nachhaltigem Investment steigt an

Milan Frühbauer

Das alljährliche Prüfstands-Attest über den österreichischen Sparer liegt vor: Von Sparmüdigkeit keine Spur. 86 Prozent der Österreicher besitzen ein Sparbuch, die durchschnittliche Monatssparrate dürfte mit 168 Euro per capita allerdings vorerst den Plafonds erreicht haben.

Die Österreicher sind nach wie vor überzeugte Sparer, die Bedeutung einer finanziellen Rücklage für „Notzeiten“ oder für eine bestimmte Investition ist ungebrochen. Im Durchschnitt legt nämlich jeder Österreicher 168 Euro monatlich zur Seite. Auch wenn der monatliche Sparbetrag somit einen historischen Höchstwert darstellt, sind die Österreicher, was die Spargesinnung betrifft, deutlich entspannter als noch 2009. Aktuell sind es nämlich nur mehr 39 Prozent der bei einer repräsentativen Umfrage Antwortenden, die dem Sparen einen sehr hohen Stellenwert beimessen. Das sind im Vergleich zum Krisenhöhepunkt vor zwei Jahren minus 10 Prozentpunkte.

Noch eines fällt bei den Analysen auf: Nachhaltige Investments haben großes Zukunftspotential, doch herrscht in diesem Zusammenhang wohl noch ein negativer Rentabilitätsmythos. Gut ein Drittel der Österreicher glaubt nämlich, dass bei diesen Veranlagungen ein geringerer Ertrag zu erwarten ist.

Sparquote bei 9 Prozent

„Die Sparleistung ist zwar immer noch hoch, es scheint aber aktuell nicht mehr viel Luft nach oben zu geben“, interpretiert Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank, die jüngsten demoskopischen Befunde. Auch die Entwicklung der Sparquote bestätigt das: 2010 lag die Nettosparquote noch bei 9,1 Prozent, zu Jahresbeginn 2011 ist sie leicht auf 8,7 Prozent zurückgegangen.

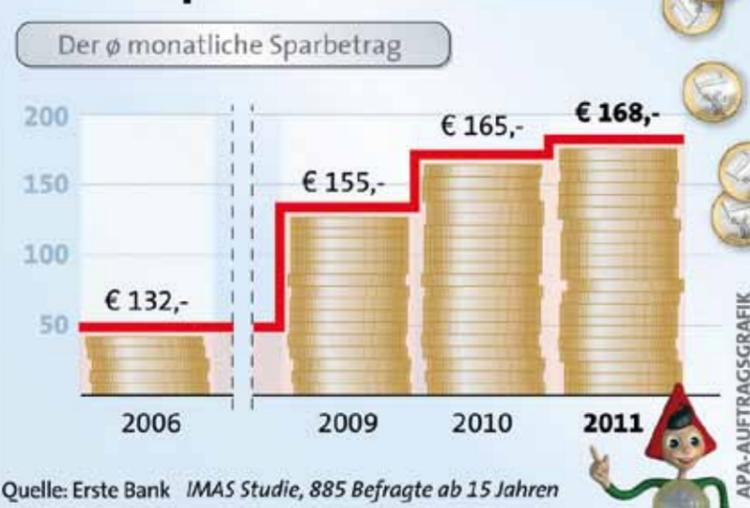
Bei den Gründen, warum überhaupt gespart wird, legen sich neun von zehn Österreichern auf das Motiv „um finanziell abgesichert zu sein“ fest. Größere Anschaffungen wie ein neues Auto oder ein Eigenheim sind in den vergangenen Jahren in den Hintergrund getreten und stehen bei mehr als 50 Prozent der Befragten auf Platz zwei der Sparziele.

Wie sehen die Aspekte des Sparens aus? Die Österreicher sind optimistisch, denn jeder zweite will immerhin gleich viel sparen wie jetzt, 21 Prozent wollen sogar mehr sparen, und nur 25 Prozent glauben, dass es in naher Zukunft weniger sein wird.

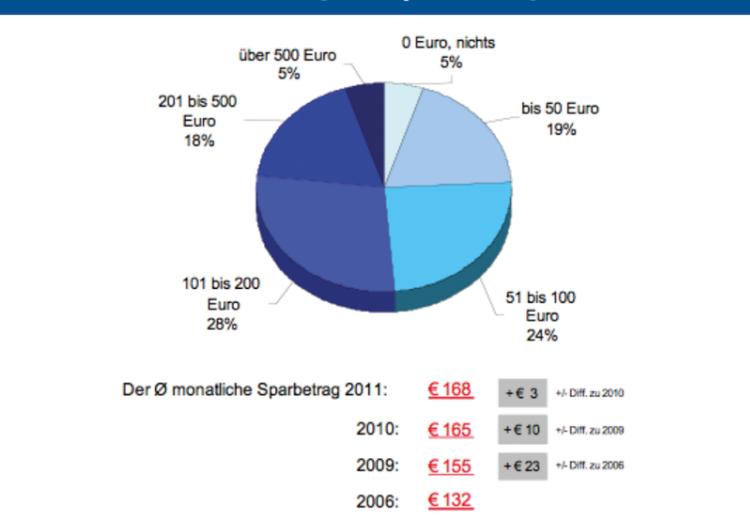
Sparbuch ist weiterhin Bestseller

Das Sparbuch erfreut sich unter den Sparinstrumenten der größten Beliebtheit überhaupt. 86 Prozent bedeuten, dass fast jeder Österreicher eines besitzt. Der Bausparvertrag als

So viel sparen die Österreicher



Verteilung der Sparleistung



Das ist seit 2006 ein deutlicher Anstieg um rund 27 Prozent. Es ist aber inflationsbereinigt gesehen eigentlich eine Stagnation des Sparbetrags auf hohem Niveau, auch wenn nominell noch einmal leicht gestiegen. Nur 5 Prozent sparen überhaupt nichts – das ist ein gutes Zeichen.

ewiger Klassiker liegt mit 64 Prozent auf Platz zwei der beliebtesten Sparformen hierzulande. Immerhin knapp die Hälfte schwört auf eine Lebensversicherung, und Investmentfonds sowie andere Wertpapiere sind für etwa ein Drittel die ideale Ansparmöglichkeit. „Österreich ist und bleibt das Land der Sparbuch-Sparer“, kommentiert Bosek dieses Phänomen. „Sicherheit und Vermögenserhalt sind entscheidend.“

Was sogenannte ethisch-nachhaltige Investments betrifft, so zeigt diese Studie einen weitverbreiteten Mythos auf: Jeder dritte Österreicher glaubt, dass diese Form von Geldanlage weniger Ertrag abwirft als herkömmliche Investments dieser Art. Mit diesem Vorurteil räumt Wolfgang Pinner, Experte für ethisch-nachhaltige Investments der ERSTE-SPARINVEST, auf: „Der größte in Österreich gemanagte nachhaltige Aktienfonds – ESPA VINIS STOCK GLOBAL – hat über einen Zeitraum von fünf Jahren eine bessere Rendite erzielt als der Weltaktienindex MSCI World.“ Die Bereitschaft, „sauber“ investiert zu sein, ist in Österreich sehr groß. Fünf von zehn Österreichern finden ein solches Investment interessanter als oder zumin-

dest gleich interessant wie andere Geldanlagen. „Zwei Drittel würden sogar weniger Performance akzeptieren, nur um die Gewissheit zu haben, ‚sauber‘ investiert zu sein“, unterstreicht Pinner.

2 Mrd. Euro sind nachhaltig investiert

Das Interesse an Kapitalanlagen unter ökologischen, ethischen und sozialen Gesichtspunkten wächst kontinuierlich. In Österreich hat sich das Volumen der nachhaltigen Investments seit dem Krisenjahr 2008 nahezu verdreifacht und summiert sich auf etwa zwei Milliarden Euro. Die veränderte Einstellung der Gesellschaft zu ihren Grundwerten und damit auch die Anlagemotive haben nachhaltigen Kapitalanlagen Schubkraft verliehen.

Die Sparinvest hat bereits zehn nachhaltig ausgerichtete Publikumsfonds mit einem Volumen von insgesamt rund 600 Mio. Euro emittiert. Neben den nachhaltigen ESPA-VINIS-Fonds (VINIS steht für Verantwortung, Innovation, Nachhaltigkeit, Investment, Sicherheit) werden in Kooperation mit dem WWF Österreich auch zwei nachhaltige Themenaktienfonds verwaltet.

AUSBLICK



Christine Domforth

Alle oder gar nicht

Zur Finanztransaktionssteuer

Es klingt zu schön, um wahr zu sein: Eine Steuer, die nur die „bösen“ Banken und Spekulanten belastet, aber keinen braven Bürger trifft, und die bei minimalen Steuersätzen Einnahmen in Milliardenhöhe bringt. Waren früher nur militante Globalisierungsgegner Befürworter der Finanztransaktionssteuer, steht sie jetzt ganz offiziell auf der Agenda der EU-Kommission. Applaus für die Brüsseler Steuerpläne kommt unter anderem von den Regierungen in Frankreich, Deutschland und Österreich. Ab dem Jahr 2014 sollen demnach Aktien- und Anleihtransaktionen mit 0,1 Prozent, Derivatgeschäfte mit 0,01 Prozent belastet werden, unterm Strich werden Steuereinnahmen von 57 Mrd. Euro erwartet. Die Steuerzahler hätten in der Finanzkrise die Banken gerettet, deshalb sei es nur gerecht, wenn der Finanzsektor nun seinerseits zur Kasse gebeten werde, so die Argumentation. Außerdem würde die neue Steuer die überbordende Spekulation eindämmen.

geht es nach Attac und anderen NGOs – für die Armutsbekämpfung und den Klimaschutz. Sand ins Getriebe der Spekulation zu streuen und sie damit zu bremsen ist grundsätzlich sicher vernünftig, hat sich doch in den vergangenen Jahren die Finanzwirtschaft – vor allem jene angelsächsischer Prägung – immer mehr von der Realwirtschaft entfernt. Dass mit der neuen Steuer auch sinnvolle Absicherungsgeschäfte teurer und die Finanzmärkte möglicherweise noch volatiler werden, nehmen ihre Befürworter offenbar in Kauf. Ebenso wie die selbst von der EU-Kommission eingeräumte Tatsache, dass die Finanztransaktionssteuer das – derzeit in Europa ohnehin höchst mager – Wirtschaftswachstum um 0,5 Prozent reduzieren könnte.

Schwedisches Desaster

Wenn überhaupt, ist eine Finanztransaktionssteuer nur dann sinnvoll, wenn sie weltweit

weit oder zumindest von den G-20, den wichtigsten Wirtschaftsnationen, eingehoben wird. Und genau das wird nicht passieren, lehnen doch die USA, Kanada, Japan, China, Singapur usw. diese Abgabe rundweg ab. Und auch bei den Briten stößt sie auf großen Widerstand, da man um die Vormachtstellung der Londoner City fürchtet. Natürlich könnten die Euro-Staaten die Finanztransaktionssteuer auch im Alleingang einführen. Doch dann würde das Geschäft fluchtartig abwandern, die Börsen von Frankfurt und Paris, von Wien ganz zu schweigen, würden massiv an Bedeutung verlieren. Ein Blick nach Schweden sollte die Fans der Finanztransaktionssteuer zumindest nachdenklich machen. Dort wurde in den 80er Jahren eine ähnliche Abgabe eingeführt. Die Transaktionen wanderten prompt und auf Nimmerwiedersehen nach London ab, die Steuer brachte nur drei Prozent der erwarteten Einnahmen und wurde bald wieder abgeschafft.

Einen derartigen Rohrkrepiere sollte die EU sich und ihren Bürgern lieber ersparen.

Gut gemeint, aber ...

Gegenteil von gut ist. Europas Banken stehen wegen der Schuldenkrise – die nicht sie, sondern die Politiker zu verantworten haben – derzeit schwer unter Druck. Sie brauchen dringend mehr Eigenkapital, zusätzliche Belastungen in Milliardenhöhe können sie nicht verkraften. Zwar soll die Abgabe auf Finanztransaktionen nach dem Willen ihrer Erfinder nur gierige Zocker treffen, aber es besteht durchaus die Gefahr, dass am Schluss auch Normalbürger mit ihrer Lebensversicherung, ihrem Fondssparplan oder ihrer Pensionskasse die Zeche zahlen. Bezeichnend für die Naivität im Zusammenhang mit der geplanten neuen Steuer ist auch die Tatsache, dass die zu erwartenden Einnahmen bereits x-fach verplant sind: für die nationalen Budgets, für den EU-Haushalt, für den Schuldenabbau, zur Finanzierung künftiger Rettungsschirme oder –

„Warum bin ich so krank?“

Hospiz- und Palliative-Care-Tag: Hilfe für schwerkranke Kinder

Andreas Feichtenberger

Bereits seit vier Jahren unterstützen die österreichischen Sparkassen Hospiz Österreich, den Dachverband von rund 250 heimischen Hospiz- und Palliativeinrichtungen. Es handelt sich dabei um eines der wenigen bundesweiten Sponsoringprogramme, die von allen Sparkassen mitgetragen werden. Das Ziel ist es, den Leidensweg der Betroffenen mit mehr Lebensqualität zu erfüllen und jenen auch auf diesem Gebiet ein verlässlicher Partner zu sein. Die finanzielle Unterstützung ist für die kommenden Jahre ganz besonders wichtig. Hospiz Österreich legt nämlich den Fokus auf Versorgung und Begleitung von schwerkranken Kindern und ihren Familien. Das wurde Ende September beim Internationalen Hospiz- und Palliative-Care-Tag 2011 bekanntgegeben. Waltraud Klasnic, Präsidentin des Dachverbandes Hospiz Österreich, zur Ausgangssituation: „Wenn das Unfassbare geschieht und Kinder sterben,

dann brauchen wir ein offenes Herz und helfende Hände.“

Betreuung in vertrauter Umgebung

Trotz der großen Erfolge, welche die Medizin insgesamt zu verzeichnen hat, verstirbt in Österreich immer noch jedes vierte an Krebs erkrankte Kind. Viele angeborene Stoffwechselerkrankungen sind unheilbar, manche schweren Erkrankungen und Traumata überleben Kinder nur mit schweren Behinderungen. Wenn erhoffte Heilerfolge trotz massiven Einsatzes nicht möglich sind, muss sich die Aufmerksamkeit auf die Lebens- und Betreuungsqualität dieser schwerkranken Kinder richten. Genau hier hakt es allerdings in Österreich: Flächendeckende spezialisierte Versorgungsstrukturen fehlen ebenso wie entsprechende Entlastungsangebote für die Familien.

Mit dieser Problematik ist Martina Kronberger-Vollnhofer, Hämatonkologin am St. Anna Kinderspital in Wien und Kinderhospizbeauftrag-



Wilhelm Kraetschmer, Karl Harnoncourt, Ulrike Schermann-Richter, Klaus Kühnel, Waltraud Klasnic, Boris Zernikow, Leena Peltari, Martina Kronberger-Vollnhofer, Karin Beinhaupt und Ulrike Pribil am Hospiz- und Palliative-Care-Tag

te im Dachverband Hospiz Österreich, täglich konfrontiert: „Die besondere Herausforderung der palliativen Betreuung liegt in der oft jahrelangen Krankheitsdauer. Auch im stationären Bereich müssen Strukturen geschaffen werden, die den betroffenen Kindern zu jedem Zeit-

punkt höchstmögliche Lebensqualität bieten. Aus Berichten betroffener Familien kristallisiert sich aber vor allem ein Wunsch sehr klar heraus: Lebensqualität ist fast immer sehr eng mit der Betreuung in der vertrauten Umgebung verbunden. Oberstes Ziel muss daher sein, dass betroffe-

ne Kinder und ihre Familien zu Hause betreut und begleitet werden können.“

Erfahrungsaustausch

Genauere Bedarfszahlen im Kinderhospiz für Österreich gibt es leider noch nicht. Wohl aber für Deutschland, wo derzeit 22.000 Kinder und Jugendliche betroffen sind. Legt man diese Zahlen auf die österreichische Bevölkerung um, so würden hierzulande etwa 2.000 Schwerstkranke das Kinderhospiz benötigen. Was ebenfalls aus Deutschland übernommen werden kann, sind die gewonnenen Erfahrungen. Dazu Prof. Boris Zernikow, deutscher Experte für Kinderschmerztherapie und pädiatrische Palliativmedizin: „Palliativversorgung bewahrt die größtmögliche Autonomie der Familien, berücksichtigt kulturelle Besonderheiten und ermöglicht ein Sterben am selbstgewählten Ort. Dazu braucht es überall entsprechende mobile und stationäre Angebote sowie fachlich ausgebildetes Personal.“

Finanzwissen: Note „mangelhaft“

Um das Finanz- und Wirtschaftswissen ist es schlecht bestellt

Sandra Paweronschitz

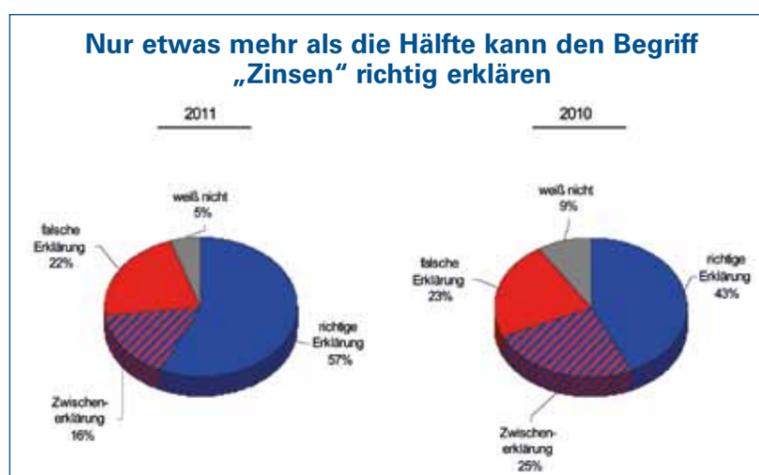
Die Österreicher können selbst mit gängigen Begriffen aus der Finanzwelt wenig anfangen: Dies hat eine IMAS-Studie im Auftrag von Erste Bank und Sparkassen bestätigt. Aber auch Alexander Zeh von GfK-Austria attestiert den Österreichern, Finanzmuffel zu sein. In einer Diskussion von Banken- und Versicherungsvertretern sprach man jüngst über das Thema „Finanzinformation und Finanzbildung: Bring- oder Holschuld?“. Dabei nannte Zeh die drei wichtigsten Erwartungen der Kunden an die Finanzdienstleister: Günstige Konditionen, offene und ehrliche Kommunikation sowie eine stabile Finanzlage. „Das Thema Kommunikation zieht sich wie ein roter Faden durch die Untersuchungen der letzten Zeit“, so Zeh. Kommunikation setze aber immer voraus, dass die Menschen wissen, wovon sie bzw. ihre Beratungspartner sprechen. Da mangelt es aber gewal-

tig: Nur ein Drittel der Österreicher fühlt sich in Finanzfragen „gut“ informiert, die Hälfte zumindest „teilweise“. So weit das Selbstbild der Konsumenten.

Eigen- und Fremdwahrnehmung

Fragt man die Österreicher aber konkret, dann verdüstert sich das Bild. Bei der Frage nach einer einigermaßen plausiblen Erklärung, was denn das praktisch täglich medial zitierte BIP sei, war es nicht einmal der Hälfte der Befragten möglich, dieses zu definieren. Ein Viertel antwortete mit „weiß nicht“, ein Fünftel lag völlig falsch.

Ebenfalls erschreckend: 60 Prozent der Befragten wissen nicht, was der ATX ist – und das, obwohl die Börseberichterstattung mittlerweile Fixbestandteil von ORF-Nachrichtensendungen ist. Was bei BIP und ATX schon nachdenklich stimmen muss, ist leider nicht der Malaise voller Umfang. Denn wenn vier von zehn Befragten den Begriff „Zinsen“ nicht



definieren können, dann ist wahrlich „Feuer auf dem Dach“.

Christian Eltner vom Verband der Versicherungsunternehmen: „Es gibt wahnsinnig viele Infos und Broschüren. Das Problem ist jedoch, dass viele dieser Informationen nicht durchdringen.“ Eltner betonte, seine Kollegen müssten immer wieder feststellen, dass einerseits durchaus Detailwissen vorhanden sei, andererseits jedoch ein Basiswissen dafür fehle, Zusammenhänge herzustellen. Beate Blaschek, Leiterin der Abteilung Finanzdienstleistungen und Verbraucherbildung des Sozialministeriums, setzt ihre Ziele in Sachen Financial Literacy gleich ziemlich niedrig an: „Die Menschen sollten zumindest so viel Bildung haben, dass sie wissen, was sie fragen müssen.“ Man könne vom Konsumenten kein wirtschaftliches Detailwissen verlangen. Wichtig sei, dass er über seine Rechte und Pflichten Bescheid wisse – und dies verlange nach fundierter finanzieller Allgemeinbildung.

Wer ist für die Vermittlung von Finanzwissen zuständig? 73 Prozent

der Österreicher sind laut der GfK-Studie der Meinung: die Banken. Immerhin 45 Prozent nennen öffentliche Einrichtungen. Nur 29 Prozent sehen die Verantwortung bei den Schulen und Universitäten. Das überrascht GfK-Experten Zeh: „Von Autohändlern erwartet man schließlich auch nicht, dass sie dem Kunden das Fahren beibringen.“ Der Meinungs- und Sozialforscher tritt daher für bessere Vermittlung von Geldthemen in Bildungseinrichtungen ein. Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank Oesterreich, nahm ebenfalls die öffentliche Hand in die Pflicht: „Es ist an der Zeit, ein Rezept zu kreieren, um dieses enorme Manko zu beheben.“ Klar müsse man dafür Geld in die Hand nehmen, aber die volkswirtschaftlichen Kosten seien weit höher, wenn nichts passiere.

Schule als Ort der Wirtschaftsbildung

Bei beiden Veranstaltungen wurde die Forderung laut, Finanzbildung endlich im Schulunterricht zu verankern.

Tatsache ist aber, dass wirtschaftliche Grundbildung längst Eingang in die Lehrpläne gefunden hat. Das Problem ist auch hier die Umsetzung. Dabei wäre es enorm wichtig, die Weichen rechtzeitig zu stellen, denn, so Beate Blaschek: „Haltungen werden früh festgelegt. Im Grundschulalter kann man den Kindern am effektivsten vermitteln, dass es schön sein kann, auf etwas zu sparen und sich auf etwas zu freuen. Hier kann ein Gefühl dafür entwickelt werden, aufs Geld zu schauen.“

Interesse grundsätzlich groß

Geld ist hierzulande immer noch ein Tabuthema. Zuzugeben, dass man sich mit einer Materie, mit der jeder im Alltag regelmäßig zu tun hat, eigentlich nicht auskennt, ist schwierig. Auch Prof. Gerhard Weibold, Wirtschaftsprofessor und Chef des €FDL-Finanzführerscheins, kann dieses Interesse mit konkreten Zahlen belegen. Acht Millionen Antworten wurden auf der Seite www.finanzführerschein.eu verzeichnet; 450.000 Besucherinnen und Besucher beantworteten eine bis 100 Fragen. Aber: „Die Ergebnisse sind nicht schön“, so Weibold. „An den gegebenen Antworten zeigt sich, dass das Finanzwissen tatsächlich notleidend ist.“

Dennoch, es gibt auch Lichtblicke: Die Finanzkrise hat das Finanzwissen der Österreicher zumindest ein wenig verbessert. Und es sind besonders die Sparkassen, die ihren Bildungsauftrag ernst nehmen. Davon zeugen zahlreiche Schulpartnerschaften und -kooperationen der österreichischen Sparkassen. Knapp 40.000 Schülerinnen und Schüler werden durch diese Aktionen jährlich erreicht.

Sparefroh bildet wieder

Financial Literacy ist der Erste Bank und der Sparkassengruppe ein Anliegen, wie Vorstandssprecher Thomas Uher bei der Vorstellung des zweiten Teils von „Sparefroh TV“ bekundete: „Unser Ziel sind Kunden, die besser verstehen, was wir anbieten, und die Chancen und Risiken von Bankprodukten einschätzen können.“

Die Grundlagen will die EBÖ mit der neuesten Folge von Sparefroh TV, ausgerichtet auf die dritte und vierte Schulstufe, bilden. In der neuesten Folge geht es um das Sparen. Warum kaufen wir oft Sachen, die wir gar nicht brauchen? Wer verändert unsere Wünsche? Was sind Zinsen – und wofür soll ich sparen?

Nach dem großen Erfolg des ersten Teils, den in der Zwischenzeit etwa jede dritte Volksschule verwendet, sind die Erwartungen an den zweiten Teil groß. Eltern oder Lehrer können Sparefroh TV und zahlreiche Lehrunterlagen zur Gestaltung von Unterrichtseinheiten im Zentrum polis – Politik Lernen bestellen.

www.sparefroh.at



Vorschlag zum Thema Kontogebühren

EU fordert eine grenzüberschreitende Vergleichbarkeit



Im direkten Gespräch funktioniert die Aufklärung der Kunden über Konto & Co sehr gut. Die EU sieht jedoch bei der internationalen Vergleichbarkeit von Kontoangeboten ein Manko und will gegensteuern.

Von Jean-Yves Jacquelin und Roland Tassler

Wie schon im Februar berichtet, strebt die EU Kommission an, die Preisvergleichbarkeit von Bankdienstleistungen für Privatkonten zu verbessern. Dadurch soll der Zugang zu grenzüberschreitenden Kontoangeboten erleichtert und der innereuropäische Wettbewerb gesteigert werden.

Da das Retailgeschäft starken regionalen Bezug aufweist und die Kontoreröffnungen über Landesgrenzen hinweg – trotz Gemeinschaftswährung – in den letzten Jahren zurückgegangen sind, sah der zuständige EU-Binnenmarktkommissar Barnier von der Vorlage eines bindenden Rechtsakts ab. Barnier appellierte jedoch Ende 2010 nachdrücklich an die Bankwirtschaft, eigene Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Sonst würde die Kommission eine eigene Regulierung vorlegen, die europarechtlich sicherzustellen, dass Kunden die Kosten ihrer Bankkonten besser nachvollziehen und gegebenenfalls einen Wechsel ihrer Bankverbindung in Betracht ziehen können. Letzteres wird bereits durch gemeinsame europäische Prinzipien, das Abkommen über Kontomobilität aus dem Jahr 2009, erleichtert. Erfahrungsgemäß schießen derartige Kommissionsvorschläge immer über das Ziel hinaus. Sie haben trotz hehrer Absichten, die Tendenz überproportional und ausufernd zu regeln. Es war daher im Interesse der europäischen Kreditinstitute, die drohende EU-Regulierung zu vermeiden.

Unionsweite Form der Selbstregulierung

Als Reaktion auf die Einladung Barniers hat EBIC, das Komitee der europäischen Bankenverbände, im Jänner dieses Jahres eine Expertengruppe einberufen, um zu eruieren, in welchem Ausmaß den Forderungen der Kommission entsprochen werden kann. Ziel dieser europäischen Expertengruppe war es, einen Vorschlag für die unionsweite Selbstregulierung zu gestalten, bei dem die konkrete Ausführung jedoch durch die nationalen Verbände erfolgen soll. Trotz gemeinsamer europäischer Prinzipien sollen länderspezifische Gewohnheiten solcherart berücksichtigt werden können. Durch diese Vorgehensweise

könnten sowohl der Binnenmarkt gefördert als auch der lokalen Prägung des Retailgeschäfts Rechnung getragen werden.

Durch die EBIC-Selbstregulierungsinitiative sollen dem Konsumenten auf drei Ebenen bessere Verständlichkeit und mehr Informationen durch die Aushändigung von Unterlagen geboten werden. Diese drei Ebenen beziehen sich auf die Bereiche Finanzbildung, Preistransparenz vor Vertragsabschluss und Preistransparenz nach Vertragsabschluss: Ein Glossar inklusive einfacher Erklärungen der meistverwendeten Begriffe, die mit der Kontobenutzung in Verbindung stehen, soll erstellt werden.



Michel Barnier forderte schon 2010 Lösungsvorschläge von Seiten der Banken.

In Österreich sollen folgende Begriffe in das Glossar aufgenommen werden: Girokonto, Überweisungsauftrag, Dauerauftrag, Lastschrift, Bargeldbehebung, Bargeldeinzahlung, Gutschrift, Debitkarte (Bankomatkarte), Kontoauszug, Internetbanking und Telefonbanking. Eine Gebührenliste zu den etwa zehn am häufigsten getätigten „Transaktionen“ (z. B. Überweisung, Lastschrift, Dauerauftrag) soll die Aktivität ergänzen. Mittels dieser harmonisierten Liste wird es dem Konsumenten ermöglicht, die Gebühren aller Banken im Land zu vergleichen. Nach mehrmonatigen Verhandlungen hat am 31. August dieses Jahres die EBIC-Expertengruppe ihren Vorschlag zur Verbesserung der Transparenz und Vergleichbarkeit von Kontogebühren fertig gestellt. Dieser wurde anschließend der Kommission zur

Bewertung übermittelt. Er schlägt als freiwillige Verpflichtung der Banken Lösungen für alle drei Ebenen und darüber hinaus gemeinsame Prinzipien für Umsetzung und Überwachung der Einhaltung der Übereinkunft vor. Vorgesehen ist, dass das Glossar und die Gebührenliste über die etwa zehn am häufigsten getätigten Transaktionen ab 2013 angeboten werden. Das erweiterte Leistungsblatt soll ab 2014 den Kunden übermittelt werden.

Die Kommission fordert Nachbesserungen

Die in EBIC vertretenen Verbände konnten sich auf das Maximum dessen einigen, was im Rahmen einer Selbstregulierung möglich ist. Die vorliegende EBIC-Selbstregulierung ist daher in der Lage, das Informationsangebot für Konsumenten und die Vergleichbarkeit von Kontogebühren national wie auch innerhalb des gemeinsamen Marktes weiter zu verbessern. Es wird dem Kunden dadurch erleichtert, die für ihn günstigsten Konditionen zu ermitteln. Das Mehr an Transparenz erfüllt auch eine Vorbedingung für grenzüberschreitende Transaktionen und trägt somit zum Funktionieren des „Einheitlichen Euro-Zahlungsraums“ (SEPA) bei.

Am 11. Oktober hätte eine Entscheidung getroffen werden sollen, ob die Kommission die Selbstregulierungsinitiative der Banken begrüßt oder ablehnt. Die Entscheidung steht allerdings nach wie vor aus. Die Kommission fordert von den Banken weitere Zugeständnisse, die aber weit über den Vorschlag von EBIC hinausgehen, und erwartet nun bis Mitte November eine Reaktion.

Die Vorlage neuer Forderungen seitens der Kommission nährt die Vermutung, dass sie die Selbstregulierung ablehnen wird. Es ist mit der Präsentation eines eigenen Kommissionsvorschlags zu rechnen. Für die Sparkassen bedeutet die Absage an die Selbstregulierung, dass weitaus größere Anpassungen an ihre Informationspolitik nötig sein werden. Eine weitere Gleichschaltung des Retailgeschäfts droht. Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens die europäischen Parlamentarier im Rahmen des zu erwartenden Gesetzgebungsverfahrens die jeweiligen Spezifika der Kundenstruktur und der Bankenlandschaft respektieren werden.

EUROPA NEWS

„Finance Watch“ nimmt Arbeit auf

Banken- und Versicherungslobbys, die in der EU-Finanzmarktregulierung aktiv sind, werden sich mit „Finance Watch“ („FW“) zukünftig an ein neues Tier im Interessenvertretungsgehege des Brüsseler Zoos gewöhnen müssen. Die am 30. Juni 2011 gegründete unabhängige NGO sieht sich insofern als „Gegen-Lobby“, als sie der Zivilgesellschaft in ihrer Gesamtheit durch das Einbringen von Argumenten des öffentlichen Interesses in den Finanzmarktregulierungsprozess eine Stimme geben und so ein Gegengewicht zur einflussreichen Bankenlobby sein will.

Auch wenn die Organisation in ihren ersten Wochen vor allem durch negative Äußerungen über Banken Aufsicht erregt hat, scheint „FW“ erfreulicherweise in zentralen Punkten auf einer Linie mit Sparkasseninteressen zu liegen: Ziel der gesetzlichen Regulierung ist demnach die Schaffung stabiler Finanzmärkte, deren Zweck in der nachhaltigen Finanzierung der Realwirtschaft und der Erbringung grundlegender Finanzdienstleistungen besteht. Darüber hinaus anerkennt



„FW“ die Vorteile der heterogenen Struktur des Finanzsektors, die sich aus dem Nebeneinander von Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken ergibt.

Thierry Philippinat ist Generalsekretär der unabhängigen NGO „Finance Watch“, die ein Gegengewicht zur einflussreichen Bankenlobby sein will.

CRD IV in der heißen Phase

Keine Sommerpause für Abgeordnete, Experten von Ratsarbeitsgruppen und Lobbyingverbänden, die sich im Sommer mit dem am 20. Juli präsentierten Kommissionsvorschlag für die europäische Umsetzung des Basel-III-Pakets – der Capital Requirements Directive (CRD IV) – zu beschäftigen hatten. Dieser Gesetzesentwurf hat zum Ziel, die Stabilität des Bankensektors durch strengere Eigenmittelvorschriften für Kreditinstitute zu stärken. Da das Inkrafttreten des Gesetzestextes mit 1. Jänner 2013 vorgesehen ist, soll der Großteil des Gesetzgebungsverfahrens im Herbst über die Bühne gehen. Im Vorfeld des Eintretens des Legislativprozesses intensivierte die Sparkassengruppe ihre Lobbyingarbeit im EU-Parlament. Hervorzuheben ist hier das Briefing zur CRD IV, das von der Europäischen Sparkassenvereinigung (ESBG) gemeinsam mit der Europäischen Union des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe (UEAPME) veranstaltet wurde. Ziel war es, den Mitarbeitern von EU-Abgeordneten das komplexe Regelwerk der CRD IV näherzubringen.

Im Herbst finden einige wichtige Termine statt, die zur Meinungsbildung der Abgeordneten beitragen sollen. So wurde am 11. Oktober eine Anhörung durch den zuständigen Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments durchgeführt. Erste-Generaldirektor Andreas Treichl war teil des Expertenpanels, das von den EU-Abgeordneten befragt wurde. Treichl wies eindringlich auf die „Minority Interests“-Problematik hin und rief die Abgeordneten auf, die Kreditvergabe an KMUs zu fördern. Näheres dazu lesen Sie auch in der Coverstory in dieser Ausgabe. Der EU-Abgeordnete und Berichterstatter Othmar Karas will bis



zum Jänner nächsten Jahres seine Stellungnahme zum Gesetzesvorschlag der Kommission vorlegen.

Im Vorfeld des Eintretens des CRD-IV-Legislativprozesses in diese heiße Phase intensivierte die Sparkassengruppe ihre Lobbyingarbeit im EU-Parlament.

Sind Bankkunden zufrieden?

Im Oktober wird die Kommission ihr sechstes Verbraucherbarometer vorlegen. Untersucht wird die Zufriedenheit der Verbraucher mit dem Funktionieren des Binnenmarkts. Die Ergebnisse dienen der Kommission als Gradmesser für die Integration und als Begründung für neue Regulierungen. Geprüft wird die Zufriedenheit mit Bankprodukten, etwa mit Girokonten, Verbraucherkrediten und langfristigen Sparprodukten. 2009 legte die damalige Verbraucherkommissarin Kuneva das zweite Verbraucherbarometer vor, das sich schwerpunktmäßig auf das Retailbanking bezog. Dieses schlug große mediale Wellen, da europaweit Banken für die enormen Preisunterschiede für Bankdienstleistungen gerügt wurden. Weiters beklagte sich die Kommissarin, dass nur 9 Prozent der Kunden ihre Bank wechseln. Kuneva führte das auf die schlechte Vergleichbarkeit der Angebote unterschiedlicher Banken zurück. Die Gründe für die geringe Mobilität der Bankkunden können aber durchaus woanders gesucht werden. Viele Kunden besitzen mehrere Konten bei unterschiedlichen Banken. Darüber hinaus ist die Zufriedenheit groß. Eine von der Kommission selbst in Auftrag gegebene Studie, der „Consumer Satisfaction Survey“ vom Mai 2007, hat herausgefunden, dass der Grad der Kundenzufriedenheit mit 7,8 von 10 Punkten sehr hoch ist.

„Die Nörgelei ist völlig unbegründet“

Prof. Leuchtfried Freudenfeld kennt die positiven Seiten einer Krise

Die Konjunktur verflacht, die Börsenkurse leiden an Tiefstapelei, die Qualifikation Österreichs für die Fußball-WM ist gescheitert, und keiner weiß, wie groß die Bespannung für den Euro-Schutzschirm wirklich werden muss. Die Verwaltungsreform in Ländern und Gemeinden liegt auf Eis, die Tage werden kürzer, und in der Bundeshauptstadt werden Wasser, Müllgebühren und der Einzelfahrschein teurer. Die Stimmung im Lande ist in Moll. Gibt es

denn keine Lichtblicke mehr? „Achterbahn“ sprach zu diesem brisanten Thema mit dem Leiter der Zentralanstalt für Optimistologie und Neodynamik, Prof. Leuchtfried Freudenfeld.

Achterbahn: Herr Professor Freudenfeld, Sie haben vor kurzem bei der Vollversammlung der Gesellschaft für Aufbruchsstimmung den Vormarsch der Pessimisten und Nörgler, wie Sie es wörtlich bezeich-

net haben, beklagt. Was macht Sie – angesichts der internationalen und nationalen Rahmenbedingungen – zum unerschütterlichen Optimisten? Freudenfeld: Die tägliche Erfahrung, dass sich in diesem Lande vieles zum Guten wendet, ohne dass die Öffentlichkeit davon ausreichend Notiz nimmt.

Ein konkretes Beispiel?

Nehmen Sie etwa den internationalen Taxi-Vergleich, bei dem die Taxler in Wien besonders schlecht abgeschnitten haben. Sofort hat sich die Ständevertretung der Sache angenommen, und schon gibt es konkrete Verbesserungen. Im Taxi herrscht jetzt absolutes Rauchverbot auch für den Fahrgast. Das nenne ich spontane Dienstleistungsgesinnung. Darüber hinaus sollen die Autos der Taxler einheitlich mit einer Signalfarbe lackiert werden. Eine auch international bemerkenswerte Aufwärtsentwicklung ...

... die aber für einen generellen Stimmungsumschwung im Lande wohl nicht reichen wird.

Weil sich eben zu viel Pessimismus und Nörgelei festgesetzt haben. Nehmen Sie etwa das Verfehlen der EM-Qualifikation der österreichischen Fußballnationalmannschaft. Das war goldrichtig, denn es ermöglicht dem neuen Bundestrainer den Neuanfang. Hätten wir uns qualifiziert, dann hätte ein Schweizer keinen Job, und die heimischen Fußballer hätten keine Chance, sich für die schamlose Verteuerung der Fremdwährungskredite in Franken auf subtile Weise zu revanchieren.

Das ist aber ein schwacher Trost angesichts der Schuldenkrise in Europa und ihren Folgen für die Finanzmärkte.

Einspruch: Nur das weltweite Transparentwerden der Staatsschulden ermöglicht es, den Menschen zu zeigen, wie gut sie in der Vergangenheit gelebt haben. Weiters ermöglicht es jetzt die Konsolidierung auf breiter Front, weil alle sich vor griechischen Verhältnissen fürchten. Die Staatschefs der EU-Länder sind monatelang mit Krisenbewältigung beschäftigt und können in der jeweiligen Innenpolitik nichts Böses anstellen. Das sind doch erfreuliche Nebenwirkungen.

Das Krisenmanagement der EU hat doch einen blamablen Eindruck hinterlassen.

Das sehe ich anders: Die Reisetätigkeit hat rapid zugenommen, das belebt die Wirtschaft. Fast jeder Europäer weiß jetzt, dass die Finanzämter in Griechenland keine Ahnung haben, wer wie viel verdient. Das könnte sehr bald internationale Investoren sowie gutsituierte Pensionisten dazu bewegen, dort einen Wohnsitz zu errichten. Also eine Art Marshall-Plan der kleinen Leute. Die Abstimmungen über den Euro-Schutzschirm haben dazu geführt, dass nunmehr viele Menschen wissen, wie in der Slowakei die innenpolitischen Kräftever-



„Bei niedrigen Zinsen macht Konsumieren so richtig a Freud!“

hältnisse aussehen. Kein Auslandskorrespondent hätte das je so plastisch aus Bratislava vermitteln können.

Aber es gibt doch überall Reformstau, gerade bei uns in Österreich.

Ein gutes Stichwort. Die amtierende Koalition hat in diesem Jahr wenig entschieden. Ergebnis: Das Wirtschaftswachstum wird bei 2,9 Prozent und damit weit über dem Durchschnitt der Euro-Zone liegen. Also war die Absenz der Politik segensreich.

Die Bürger blicken aber sorgenvoll in die Zukunft. Die öffentlichen Tarife steigen, die Universitäten sind überfüllt, und an allen Ecken und Enden gibt es den Verdacht von Schmiergeldflüssen, überhöhten Provisionen, politischer Einflussnahme auf Wirtschaftsunternehmen und andere Malversationen.

Das sehe ich aber völlig anders. Die Telekom beispielsweise hat gezeigt, dass sie neben ihrem Kerngeschäft auch auf dem Gebiet von Finanztransaktionen wie ein Profi agieren kann. Auch einige PR- und Werbeagenturen haben bewiesen, dass sie neben der Öffentlichkeitsarbeit auch das Geschäftsmodell der Quersubventionierung und Parteienfinanzierung beherrschen. Sie werden sehen: Bei dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss wird sich bald her-

ausstellen, wie viel finanztransaktionale Kreativität in den Österreichern schlummert. Wir stehen da weder den Liechtensteinern noch den Experten von den Inseln im Ärmelkanal nach.

Doch die Alltagsorgen der Österreicher werden mehr, das ergeben so gut wie alle Umfragen.

Weil eben die Menschen vor allem von den Medien in einer Art künstlicher Moll-Stimmung gehalten werden. Das verstellt den Blick für das Positive, das Erfreuliche: Wenn in Wien die Wassergebühren um ein Drittel angehoben werden, dann erleichtert das die Substitution durch Mineralwasser. Ohne Zweifel ein Belebungsseffekt für die Wirtschaft. Bleiben die Zinsen niedrig, dann macht der private Konsum erst richtig Spaß. Übrigens erwarten uns in den kommenden Wochen sehr erfreuliche Entwicklungen: Der Weinjahrgang 2011 wird qualitativ wie quantitativ hervorragend, auf dem Gletscher in Hochsölden beginnt die alpine Ski-Rensaison, bei der wir als Sportpatrioten zweifellos mehr Freude haben werden als bei den Länderspielen gegen Deutschland, und die Reifenhändler freuen sich auf den ersten Schnee auch in den Niederungen.

Und die europäische Schuldenkrise? Na ja, kleine Wermutstropfen wird es immer wieder geben ...



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbseriösen-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Der Ruf nach Qualitätsmedien – und wir

Jeder von uns kennt das Phänomen: Kaum eine private, inoffizielle oder gar medienpolitisch ausgerichtete Gesprächsrunde kommt heutzutage ohne kritische Bemerkungen zu den Medien aus. Wir alle bedauern wortreich den Mangel an Qualitätsmedien im Lande und haben stets wohlklingende, ausländische Gegenbeispiele zur Hand. Manchmal gewinnt man den Eindruck, die „Neue Zürcher ...“ hätte bei uns mehr Fans als in der Eidgenossenschaft Leser.

Doch zurück auf den Boden der Leserealität: Jeder von uns kennt im Bekanntheitskreis irgendwo junge Menschen, die bar jeglichen schlechten Gewissens ohne die tägliche Lektüre einer Tageszeitung auskommen und gelegentlich auch noch stolz darauf sind.

Das Jammern über den „Boulevard“ und seine angeblich so „volksverdummende“ Wirkung gehört zum guten Ton.

Die Eliten und die Entscheidungsträger hingegen lesen und stöhnen – so behaupten sie jedenfalls. Es gehört zum bestens eingeübten Klagelied der Führungskräfte über die tägliche printmediale Informationsflut, die sich Tag für Tag über die Schreibtische ergießt, das jederzeit in jeder Tonart angestimmt werden kann.

Aber Vorsicht: Wie oft registriert man in einem Vorstandsbüro, in den Vorräumen der Macht, ja selbst in Medienhäusern und PR-Agenturen, dass noch in den Mittagsstunden die angelieferten Stapel der Tageszeitungen und Magazine „unversehrt“ und fern der Nutzung dekorativ auf einem Tischchen liegen?

Die jüngste Media-Analyse brachte es an den Tag. Nur mehr 73 Prozent der Österreicher ab dem 14. Lebensjahr lesen regelmäßig eine Tageszeitung. Gewiss, international ist das noch immer ein respektable Wert. Aber wir in der Kulturnation schlechthin, die wir doch täglich nach Qualitätsjournalismus und den Hintergrund erhellenden Magazinen lechzen, haben da wohl einen besonderen Anspruch! Oder?

Das Bekenntnis ist allgegenwärtig, allein, es fehlt mittlerweile der marktforschende Nachweis. Die Zahl der Abonnements bleibt bei den wichtigsten Tageszeitungen zwar weitgehend konstant, aber der Einzelverkauf am Kiosk oder in der Trafik geht zurück. Das stimmt nachdenklich ...

Aber nein doch, schleppen wir nicht Stapel von Ungelesenem mit bestem Vorsatz in das Wochenende? Nicht selten bleibt dieses Konvolut von Wochenendbeilage bis Fachpublikation allerdings unberührt. Das darauf folgende mit schlechtem Gewissen gekoppelte Entsorgen ungelesener Zeitungen und Magazine ist ökologisch wertvoll. Beispielswirkung für Medienutzung hat es jedenfalls. Sie kennen sicher auch diese Art der Lesemuffel, oder? Leser dieser Glosse sind selbstverständlich ausgenommen! - üh -

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Polizei und Heer proben Angriff auf Kraftwerke.“
Titel einer Meldung auf orf.at

„Der Tourismusreferent des Landes Kärnten darf den Kongress medienwirksam eröffnen und ankünden.“
Aus den Richtlinien zur Förderung wissenschaftlicher Kongresse in Kärnten

„Sie kommen jetzt in ein Alter, in dem man merkt, dass es jetzt an's Älterwerden geht.“
Gastgeber Oliver Baier im „Ö1 Sonntagscafé“ zu Supermodel Cordula Reyher

„Ich bin ein Bauernsohn, mir ist das Eigentum eines jeden Menschen heilig.“
Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll

„Ich habe mich nie gegen das Inserat ausgesprochen.“
Bundeskanzler Werner Faymann in der Diskussion über Inserate staatsnaher Unternehmen

Impressum

Herausgeber, Redaktion:
Österreichischer Sparkassenverband,
Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien
E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at

Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur),
Mag. Andreas Feichtenberger, Mag. Sandra Paweronschitz,
Mag. Helmut Reindl
Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nina Hoppe,
Mag. Michael Mauritz, Mag. Peter N. Thier

Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung:
Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Diese Ausgabe wurde am 14.10.2011 redaktionell abgeschlossen.

SPARKASSE
Verband Österreich